

AUSGABE VOM 13. MAI 2016

Weg für offene WLAN-Netze freigemacht

Die Regierungskoalition hat den Weg für die Nutzung offener WLAN-Netze frei gemacht. CDU-MdB Karsten Möring erläutert, dass künftig Anbieter, die einen Internetzugang über ein drahtloses lokales Netzwerk (WLAN) zur Verfügung stellen von der Haftung freigestellt werden. Bisher konnten Sie für Rechtsverstöße ihrer Nutzer verantwortlich gemacht werden. Auch Hürden wie Vorschaltseiten, Verschlüsselung oder die Belehrung der Nutzer über Rechtsverletzungen entfallen zukünftig.

„Für viele Unternehmen auch in Köln sind offene Funknetze ein wichtiger Weg, Kunden zu gewinnen und zu binden. Dieses Angebot wird in Zukunft ohne technische Hürden oder rechtliche Ungewissheiten möglich sein. Das ist unkompliziert und gut so“, betont Karsten Möring.

Tunesien, Marokko und Algerien sollen sichere Herkunftsländer werden

Der Bundestag hat am Freitag die Einstufung von Tunesien, Algerien und Marokko als „sichere Herkunftsländer“ beschlossen. 25 Abgeordnete der SPD stimmten bei der namentlichen Abstimmung am Freitag nicht für den Gesetzentwurf. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates, der Anfang Juni entscheiden soll. Es gibt in diesen Ländern so gut wie keine politische Verfolgung. 2015 wurden nur 2,1 Prozent aller Anträge aus diesen Ländern positiv entschieden. Im ersten Quartal 2016 waren es gerade mal 0,7 Prozent. Und trotzdem wird in Deutschland Menschen aus diesen Staaten auch dann weiterhin Schutz gewährt, wenn ein individuelles Verfolgungsschicksal droht. Denn die Vermutung, es gäbe keine Verfolgung kann im Asylverfahren, das jedem Antragsteller zu steht, natürlich widerlegt werden.



„Zum Helfen gehört auch Nein sagen können“, so Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, der [in seiner Rede](#) die Gründe für den Gesetzentwurf überzeugend darlegte. (Foto: CDU/CSU)

Die Einstufung als sicherer Herkunftstaat ermöglicht schnellere Verfahren und vereinfacht die zentrale Unterbringung der Menschen. Vor allem aber können die abgelehnten Bewerber deutlich schneller in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Wenngleich die Abschiebung von Nordafrikanern sich oft schwierig gestaltet, weil viele von ihnen ohne Papiere kommen oder sich manche sich fälschlich als Syrer ausgeben, so haben die Reisen von Innenminister Thomas de Maizière in die Maghreb-Staaten zu einer erheblich vergrößerten Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Identitätsfeststellung und der Abschiebung geführt.

Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring, der nach den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten darauf gedrängt hatte, härter gegen straffällig gewordene Migranten vorzugehen, ist das Gesetz ein wichtiger Etappenerfolg: „Die Vielzahl der Probleme in anderen Ländern können nicht durch das Asylrecht in Deutschland aufgefangen werden. Bei der Einstufung handelt es sich nicht um Symbol-, sondern um Signalpolitik. Es lohnt sich nicht, in unser Land zu kommen, wenn kein Asylgrund besteht. Wir brauchen die Kapazitäten für die wirklich Schutzbedürftigen. Denn nur mit einer effektiven und realitätsnahen Asylgesetzgebung bleiben wir handlungsfähig.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



mit Sorge beobachte ich, dass sich die Respektlosigkeit gegenüber Polizisten, Feuerwehrleuten und Krankenwagenfahrern, Zuschaffnern und Behördenmit-

arbeitern zu einem erschreckenden Phänomen entwickelt hat. Alle 67 Minuten wird ein Polizist in NRW angegriffen – das ist dramatisch. Der Frust der Beamten über mangelnde politische Rückenbedeckung ist groß. Wer die Innere Sicherheit gewährleisten will, muss auch zum Schutz der Ordnungshüter beitragen.

Während die Grünen eine Kennzeichnungspflicht auf Uniformen zum Schutz von Demonstranten vor angeblich gewalttätigen Polizisten forderten, wurden die Beamten zur Zielscheibe brutaler Anfeindungen. Bis zuletzt hatten die NRW-Grünen den Einsatz von Schulterkameras bei der Polizei aus ideologischen Gründen blockiert. Das war angesichts der Gewaltwelle gegen Beamte nicht länger haltbar. Erste Erfahrungen der Bundespolizei mit Schulterkameras zeugen von ihrer deeskalierenden Wirkung. Zudem verbessern sie die Möglichkeit, Gewalttäter zu identifizieren und ihre Taten zu dokumentieren.

„NRW - der kranke Mann am Rhein“, wie die Rheinische Post kürzlich mit Blick auf die desaströse wirtschaftliche Lage titelte, das wollen wir nicht sein. Deshalb muss Schluss sein mit der rot-grünen Quacksalberei. Unser Land braucht eine ganzheitliche politische Reha durch die Union bei der Landtagswahl 2017. Ich wünsche Ihnen ein frohes Pfingstfest!

Herzlichst Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Barrierefreiheit in Bundesbauten

Unsere Bundeseinrichtungen werden barrierefreier. Das gilt für Gebäude wie auch für die Ausstattung von IT-Arbeitsplätzen. Informationen werden künftig vermehrt in "leichter Sprache" angeboten, damit Menschen mit Lernbeeinträchtigungen oder bestimmten psychischen Erkrankungen das „Behördendeutsch“ besser verstehen können. Das hat der Bundestag mit der Novelle des Behindertengleichstellungsrechts (BGG) beschlossen. Außerdem wird der Begriff „Behinderung“ dem Wortlaut der UNO-Behindertenrechtskonvention angepasst.

Eine neue Bundesfachstelle für Barrierefreiheit soll die Behörden und öffentliche Einrichtungen künftig beraten, mittelfristig auch private Einrichtungen. Ein kostenloses Schlichtungsverfahren soll außerdem verhindern, dass Menschen mit Behinderungen in Streitfällen lange Gerichtsverfahren durchlaufen müssen. Die Fachstelle wird bei der Beauftragten für die Belange behinderter Menschen angesiedelt und arbeitet unabhängig.

Darüber hinaus wird im neuen Gleichstellungsrecht klargestellt, dass etwa die Mitnahme von Blindenhunden oder von anderen benötigten Hilfsmitteln stets zulässig ist. Firmen, die vom Bund Drittmittel erhalten, sind künftig an die Richtlinien des BGG gebunden. Damit wirkt das Gesetz mittelbar auch in die Wirtschaft hinein.

„Mit der Angleichung des BGG an neue Zielgruppen und Standards geht der Bund mit gutem Beispiel voran. Die Länder, die Kommunen und die Wirtschaft sind jetzt am Zug, Barrierefreiheit in ihrer Verantwortung zu realisieren“, so MdB Möring.

Politik trifft Wirtschaft



Politik trifft Wirtschaft – das ist das Ziel des Know-how-Transfers, einer Projektwoche der Wirtschaftsunioren Deutschland, an der auch der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring teilnahm. Eine Woche lang begleitete ihn Frédéric Arns aus den Reihen der Kölner Wirtschaftsunioren. Er bekam so einen exklusiven Einblick in den Berliner Politikbetrieb. „Der stetige Dialog von Politik und Wirtschaft ist unverzichtbar. So können wir die Auswirkungen politischer Entscheidungen für das einzelne Unternehmen direkt erfahren und darauf reagieren“, freute sich Karsten Möring. (Foto: privat)

Elektromobilität fördern – Umwelt schützen



Grünes Licht für Kölner E-Projekt: Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und CDU-MdB Karsten Möring überreichen Elisabeth Rohata, als Vertreterin der 1992 als StattAuto Köln gegründeten [Carsharing-Firma cambio](#), einen Förderbescheid in Höhe von 103.000 Euro. (Foto: BMVI)

Verkehrsminister Alexander Dobrindt überreichte am Dienstag die ersten Bescheide zur Förderung der batterieelektrischen Elektromobilität. In dem Programm wird Aufbau der Elektromobilität und ihrer Infrastruktur gefördert. Dazu zählen beispielsweise die Beschaffung von Elektro-Gelenkbussen, die Etablierung eines E-Car-Sharing-Services, eines Elektro-Taxi-Aktionsplans sowie E-Mobilitätskonzepte für ganze Landkreise. Das Gesamtvolumen der Förderbescheide beträgt 7,1 Millionen Euro. Dadurch werden Gesamtinvestitionen in Höhe von 17 Millionen Euro ermöglicht.

Das vom Bund geförderte Car-Sharing-Projekt von cambio dient der Anschaffung von E-Fahrzeugen und dem Bau der Ladesäulen. Cambiofahrzeuge haben feste Standorte. Damit werden besonders Firmennutzer angesprochen. Seit 1997 nutzt auch die Stadt Köln Fahrzeuge von cambio. 2014 wurden so insgesamt 12.216 Dienstfahrten durchgeführt, und die Stadt kann so zahlreiche Dienstautos einsparen.

„Wir wollen der Elektromobilität flächendeckend zum Durchbruch verhelfen. Daher haben wir ein Förderprogramm für unsere Regionen gestartet und unterstützen kommunale Akteure beim Aufbau der Elektromobilität. Das Kölner Projekt steigert die Lebensqualität durch weniger CO₂-Ausstoß, entlastet dicht besiedelte Wohngebiete und sorgt für mehr Platz auf Kölns Straßen“, so MdB Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2016
13. Mai 2016

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email: karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter